

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1 1/2 Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.
24 1/2 Sgr.
Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Inserate
(1/4 Sgr. für die fünfgepal-
tene Zeile oder deren Raum;
Reklamen verhältnismäßig
höher) sind an die Expedi-
tion zu richten und werden
für die an demselben Tage er-
scheinende Nummer nur bis
10 Uhr Vormittags an-
genommen.

Amtliches.

Berlin, 7. Mai. Se. Majestät der König haben Allergnädigst ge-
eignet: Dem Mandanten der Hauptkassie des Potsdamischen gr. Militär-Walzen-
baues Müller den Charakter als Rechnungs-Rath zu verleihen.
Die Berg-Referendarien Maximilian Noeggerath zu Siegen, Otto
Edmenger zu Saarbrücken und Edwin Gallus zu Hirschberg sind zu
Berg-Inspektoren ernannt worden.
Der bisherige Gerichts-Assessor Fetzbad in Liebenwerda ist zum Rechts-
Anwalt bei dem Kreisgerichte in Erfurt und zugleich zum Notar im Departement
des Appellationsgerichts zu Naumburg, mit Anweisung seines Wohnsitzes
in Regensburg, ernannt worden.
Se. Königliche Hoheit der Prinz Friedrich Karl von Preußen ist, aus
der Ucker- und Neumark kommend, am 4. d. hier eingetroffen und nach der Graf-
schaft Ruppin weitergereist.
Se. Königliche Hoheit der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin
ist vorgestern hier eingetroffen und im königlichen Schlosse abgeteigt.
Angekommen: Se. Exzellenz der Wirkliche Geheime Rath und bevoll-
mächtigte Minister bei der deutschen Bundesversammlung, von Ulfedom, von
Frankfurt a. M.; der General-Major und Inspektor der 1. Pionier-Inspektion,
von Winterfeld, von Stettin, und der General-Major und Kommandeur
der 29. Infanterie-Brigade, von Egel, von Köln.

Bei der heute fortgesetzten Ziehung der 4. Klasse 123. Königl. Klassen-
Lotterie fielen 3 Gewinne zu 5000 Thlr. auf Nr. 16,052, 44,617 und 86,586.
1 Gewinn von 2000 Thlr. fiel auf Nr. 78,388.
57 Gewinne zu 1000 Thlr. auf Nr. 138, 210, 588, 706, 3182, 3467,
3585, 6747, 9058, 14,800, 16,475, 18,142, 21,250, 22,294, 23,822, 23,886,
26,080, 28,054, 29,739, 30,423, 33,308, 34,450, 35,230, 36,428, 36,576,
38,115, 38,382, 38,922, 39,747, 47,616, 50,397, 51,955, 52,373, 52,400,
54,162, 54,198, 54,286, 54,852, 58,999, 65,603, 65,649, 65,763, 66,538,
67,656, 69,393, 69,653, 75,238, 77,342, 77,510, 81,826, 82,128, 82,353,
86,438, 90,372, 91,963, 93,035 und 93,806.
38 Gewinne zu 500 Thlr. auf Nr. 6527, 8408, 9487, 10,449, 13,341,
18,691, 15,786, 16,385, 22,978, 24,158, 29,680, 37,073, 37,590, 38,662,
42,332, 46,875, 51,488, 51,967, 52,276, 52,772, 53,872, 55,322, 56,004,
56,069, 56,468, 56,809, 61,159, 62,122, 69,790, 77,015, 79,553, 83,161,
83,782, 84,110, 93,526, 94,051, 94,805 und 94,869.
77 Gewinne zu 200 Thlr. auf Nr. 243, 3250, 3599, 3637, 3929, 4024,
6665, 9466, 9609, 9730, 10,658, 11,902, 12,179, 13,369, 18,210, 19,367,
22,303, 23,729, 27,504, 31,131, 34,666, 31,926, 32,305, 32,650, 35,186,
35,315, 35,587, 36,046, 37,761, 40,982, 41,552, 41,594, 44,829, 45,665,
48,714, 50,995, 53,248, 55,138, 55,971, 57,912, 58,473, 61,066, 61,231,
61,670, 66,738, 66,881, 67,164, 67,318, 68,908, 69,999, 70,581, 72,805,
74,650, 75,539, 75,569, 76,246, 76,538, 76,686, 76,850, 79,487, 79,601,
79,939, 80,087, 82,441, 82,908, 83,799, 83,885, 84,864, 87,281, 88,559,
89,339, 89,409, 90,525, 91,233, 91,331, 92,640 und 92,697.
Berlin, den 6. Mai 1861.
Königliche General-Lotterie-Direktion.

Posen, 6. Mai.

Nachdem der verhängnisvolle, von allen Unglückspropheten als
Kriegesbringer bezeichnete Monat friedlich vorüber gegangen, kann
man wohl sagen, daß Europa auf die angenehmste Weise in den
April geschickt worden ist. Zuerst trat Lord Palmerston in seiner
jüngsten Bankettrede mit tröstlichen Verheißungen vor der erstaunten
Welt auf: Lord Feuerbrand erschien plötzlich als Friedensstabe und
säßelte, wie Elise Burritt, den besorgten Gemüthern mit dem Del-
blatt Beruhigung zu. Dann wurde der Depeschenwechsel zwischen
London und Turin bekannt, und es offenbarte sich, daß England
als Bedingung seiner Freundschaft das Verlangen einer streng fried-
lichen Haltung an den neuen König von Italien gestellt, und daß
Graf Cavour auf die Weisung der britischen Freunde mit den Ver-
heißungen seiner aufrichtigsten Willfährigkeit geantwortet hatte.
Dah darauf brachte zwar der Telegraph die Kunde, daß Garibaldi
in rother Blause vor dem italienischen Parlamente erschienen sei
und im Einverständnis mit seinem Generalstabe von Freischaren-
führern ein kriegerisches Programm zu befürworten unternehmen
habe, als dessen Einleitung zunächst ein Oppositionssturm gegen
den Grafen Cavour, als den Mann der Vorherrschaft in Scene
gelegt werden mußte; aber schnell klärte sich das Wetter wieder auf
und man erfuhr, daß, in Folge der vorläufigen Intervention Pie-
tor Emanuele, Cavour und Garibaldi sich friedlich verständigt
hätten und zwar unter Anzeichen, die darauf hindeuten, daß der
bedeutungsvolle Staatsmann den ungestümen Heißhoren der
italienischen Bewegung einstellten von der Nothwendigkeit einer
Waffenruhe überzeugt hat. Die letzten Nachrichten belagen, daß
Garibaldi in aller Gemüthlichkeit die Hochzeit seiner Tochter be-
gehen und dann mit seiner ganzen Familie die ländliche Stille von
Caprera aufsuchen will. Alle friedensbedürftigen Gemüther wer-
den sich beeifern, ihm eine glückliche Reise zu wünschen, und die
Vörsen Europa's haben schon begonnen, die Bedeutung des Ereignis-
nisses in ihrer beredten Biffnersprache zu charakterisiren.
Nun fragt es sich allerdings, in wie weit den Friedensbetheu-
erungen des Grafen Cavour Glauben beizumessen ist. Man weiß,
daß Aufrichtigkeit und Redlichkeit nicht gerade die auszeichnenden
Charakterzüge der piemontesischen Politik sind, und wenn der Tu-
riner Staatsmann eine günstige Gelegenheit fände, um den Heiß-
horen der Italiener nach dem Besitze Roms und Benedigs zu be-
friedigen, so würde er schwerlich in Verlegenheit sein, die Wendung
seines Entschlusses in glänzender Beweisführung zu beschönigen.
Für jetzt aber erkennt Graf Cavour in einer an die westlichen Mächte
gerichteten Depesche an, daß jeder gewaltsame Versuch zur Lösung
der italienischen Frage einen allgemeinen Brand entzünden würde,
dessen Verantwortung Europa der Regierung zuwälzen würde,
welche ohne Herausforderung den ersten Angriff unternehmen wollte.
Deshalb sei die Turiner Regierung entschlossen, jeder Handlung
vorzubeugen, welche unmittelbar oder mittelbar einen europäischen
Krieg herbeiführen könnte; sie erwarten von der Entwicklung der
Ereignisse einen vollständigen Sieg der Ueberzeugung, daß der Besitz
Benedigs eine Ursache der Schwächung für Oestreich und zugleich
ein Anlaß zu Unruhen für Italien und Europa ist.
Die hier angeführten Sätze enthalten unbestreitbare Wahrhei-
ten; namentlich lüchten alle europäischen Kabinette einen erneuten

Zusammenstoß in Italien deshalb zu verhüten, weil sie die Gewiß-
heit hatten, daß die Theilnahme Frankreichs und des gesammten
Deutschlands an dem Kampfe unvermeidlich sein würde. Man
war nur stark im Zweifel, ob auch das Turiner Kabinet für diese
Wahrheiten ein offenes Ohr haben und ob es im Stande sein werde,
denselben auch von Seiten der ungestüm vorwärts drängenden Be-
wegungspartei Achtung zu verschaffen. Aus den letzten Unterhand-
lungen mit Garibaldi scheint hervorzugehen, daß Graf Cavour
wirklich ernste Anstrengungen im Sinne der Friedenspolitik gemacht
hat. Außerdem sind noch einige thatsächliche Momente anzuführen,
welche für die Aufrichtigkeit des edlen Grafen ein gewichtigeres
Zeugniß ablegen, als seine diplomatischen Kundgebungen. Zunächst
ist ersichtlich, daß England, wie schon erwähnt, die friedliche Hal-
tung der Italiener als eine unerlässliche Bedingung seines fort-
dauernden Wohlwollens hingestellt hat, und Graf Cavour weiß
vollkommen, daß Italien der Willkür Napoleons preisgegeben wäre,
wenn es nicht die Unterstützung Englands zur Seite hätte. Ferner
bekunden die Nachrichten aus dem Süden, daß Piemont in den
neu erworbenen Provinzen noch keineswegs der Haltung sicher genug
ist, um schon wieder nach weiterem Besitzthum die Hand auszu-
strecken. Endlich ist es klar, daß ein Staat, welcher unter den
ungünstigsten Bedingungen eine Anleihe von 500 Millionen auf-
nehmen muß, um ein schon vorhandenes Defizit von 314 Millionen
zu decken, des unerlässlichen Hülfsmittels zum Beginn eines Angriffs-
krieges entbehrt.

Deshalb will uns bedünken, daß Europa ausnahmsweise den
Friedensverheißungen Lord Palmerstons und den Beteuerungen
des Grafen Cavour einigen Glauben schenken darf.

Deutschland.

Preußen. AD Berlin, 6. Mai. [Englands Stellung
zum Nationalitätsprinzip und zu Oestreich;
Projekte für die Donaufürstenthümer; Polizei-An-
gelegenheit.] Die jüngsten Erklärungen Lord John Russells
über die Haltung Englands in Betreff Ungarns und Polens haben
einiges Aufsehen gemacht. Nachdem die britische Politik in Italien
das Nationalitätsprinzip und das Recht der Insurrektion so lebhaft
vertreten hat, werden die kühlen Sympathien, welche der edle Lord
den Polen und Ungarn spendet, den Bewegungsmännern wie eine
Enttäuschung vorkommen. Vor Allem ist nicht zu vergessen, daß
die britischen Staatsmänner es immer gern mit der stärkeren Par-
tei halten. Eine des Sieges gewisse Empörung darf auf ihren Bei-
fall, wenn auch nicht auf ihre Unterstützung, rechnen, während sie
für eine Bewegung, die nach aller Voraussicht an der Uebermacht
scheitern muß, nur Gleichgültigkeit oder doch nur wohlfeiles Be-
dauern in Bereitschaft halten. Ueberdies hat Lord John Russell
seit seiner berühmten Depesche, in welcher er sein Wohlwollen für
Rebellionen — natürlich auf dem Kontinent — durch Zitate aus
völkerrechtlichen Autoren zu begründen sucht, mancherlei Erfahrun-
gen gemacht. Er hat erkannt, daß die einmal entfesselte Nationa-
litätsagitation, gegen die Pforte gerichtet, im Orient den herrschen-
den Einfluß Englands vernichten und sogar unmittelbar den briti-
schen Besitz, z. B. auf den ionischen Inseln, gefährden könnte. So
erklärt sich die Sinneswandelung. Aber dennoch ist das Subel-
geheim östreichischer Stimmen voreilig, welche schon wieder in Eng-
land den ruhig zurückgekehrten Bundesgenossen des Wiener Hofes
begreifen. Englands Freundschaft ist nicht so leicht zu gewinnen,
und am Wenigsten die der Whigs, welche halb in Furcht, halb in
Zärtlichkeit, sich an eine gewisse Abhängigkeit von Frankreich ge-
wöhnt haben. Sollte Napoleon jedoch bei der Räumung Syriens
Schwierigkeiten machen, dann allerdings wäre der Bruch der west-
mächtlchen Allianz wahrscheinlich. — Das Zugeständniß der Pforte
in Betreff der Moldau und Walachien bezieht sich zunächst nur dar-
auf, daß Fürst Cousa als lebenslänglicher Hospodar der vereinigen-
ten Donaufürstenthümer anerkannt ist. Die Projekte Frankreichs
und Russlands gehen jedoch weit über diese Kombination hinaus und
suchen das Verhältniß der Fürstenthümer zur Pforte immer loser zu
gestalten. Außer den Leuchtenberg'schen Prinzen, in deren Blut die
Dynastien Russlands und Frankreichs Verwandtschaft geschlossen
haben, ist auch Prinz Napoleon als Nachfolger des Fürsten Cousa
in Vorlag gebracht worden. Indessen unterliegt es keinem Zwei-
fel, daß der Pforte bei Abweisung solcher Projekte die Hilfe Eng-
lands zur Seite steht. — Seit Sonnabend weiß man von der Amts-
suspension des Schuzmannsobersten Pagle. Auch ist in diesen Ta-
gen die Rücküberung des Ministers des Innern auf die Anträge
der städtischen Behörden erfolgt. Wie ich höre, giebt Graf Schwe-
rin den Petenten anheim, mit ihren Auforderungen an die Staats-
anwaltschaft zu rekurriren, welcher bereits alles auf die Sache be-
zügliche Material mitgetheilt ist. Außerdem hat der Minister ein
Disziplinarverfahren angeordnet, um die verdächtigen Finanzpunkte
völlig klar zu legen. Mit Führung dieser Untersuchung ist, wie
verlautet, ein höherer Beamter der Oberrechnungskammer aus
Potsdam beauftragt worden.

[Berlin, 6. Mai. [Bom Hofe; Tagesnachrichten.]
Heute Vormittags 9 Uhr begab sich der König nach dem Tempel-
hofer Felde und besichtigte daselbst, wie schon gemeldet, das 4. Garde-
Regiment. Bei der Ankunft auf dem Exercirplatz wurde der Kö-
nig begrüßt von dem Großherzog von Mecklenburg-Schwerin, den
königlichen Prinzen, dem Prinzen August von Württemberg, dem
Erprinzen von Neuch-Schleiz, dem Fürsten Radziwill, dem General-
Feldmarschall v. Wrangel und der Generalität. Die Besichtigung
und die Exercitien des Regiments dauerten kaum 2 Stunden und
kehrten darauf der König und der Großherzog in einem Wagen zu-
sammen in die Stadt zurück. Der König ließ sich zunächst von den

Geheimräthen Maire und Costenoble und den General-Adjutanten
v. Alvensleben und v. Mantuffel Vorträge halten und empfing
alsdann den Besuch des Prinzen Wilhelm von Baden, welcher vor
einigen Tagen sich an den herzoglichen Hof nach Gotha begeben
hatte und heute Morgens von dort wieder hier eingetroffen ist.
Man folgert aus dieser Rückkehr, daß den Prinzen eine außeror-
dentliche Mission nach Gotha geführt habe. — Nachmittags konse-
rirte der König, im Beisein des Kronprinzen und des Fürsten von
Hohenzollern mit den Ministern v. Auerswald und v. Schleinitz.
Um 5 Uhr war im königlichen Palais Tafel, an welcher mit den
höchsten Herrschaften auch der Großherzog von Mecklenburg-Schwe-
rin, der Fürst von Hohenzollern, der Prinz Wilhelm von Baden,
der Erbprinz und die Erbprinzessin von Neuch-Schleiz, der Fürst
und die Fürstin zu Carolath, der Fürst zu Neuch und andere fürst-
liche Mitglieder des Herrenhauses erschienen und zu welcher auch
die Minister v. Auerswald und v. Schleinitz, die Gesandten Graf
Königsmarck, v. Asedom, und andere hochgestellte Personen Einla-
dungen erhalten hatten. Nach Aufhebung der Tafel erschien der
Hof mit seinen Gästen in der Oper. Morgen Vormittags 9 Uhr
wird der König auf dem Tempelhofer Felde die 4. Garde-Kavalle-
rie-Regimenter besichtigen. — Die Königin wohnte gestern Abends
eine halbe Stunde lang der Konferenz bei, welche die Vor-
standsmitglieder der Magdalenenstiftung im Hause des General-
Feldmarschalls v. Wrangel abhielten. Die Königin interessirt sich
lebhaft für diese Stiftung, welche sich bekanntlich die Besserung ge-
fallener Frauenzimmer zur Aufgabe gestellt hat. — Man spricht in
den Hofkreisen davon, daß die Königin noch in dieser Woche auf
etwa 2 Wochen zur Borkur nach Baden-Baden gehen wolle; auf
der Reise dorthin gedenke sie einen Tag in Koblenz zu verweilen.
Hiernach scheinen die Huldigungsfestlichkeiten auf einige Zeit hin-
ausgeschoben zu sein. — Wie ich höre, ist der Porträtmaler Franz
Winterhalter nach Paris zurückgereist und wird die Bildnisse unserer
Majestäten dort vollenden. — Gestern Abend wurde die Feuerwehr
nach dem Schlosse gerufen, weil in demselben Feuer ausgebrochen
sein sollte. Dasselbe beschränkte sich glücklicher Weise nur auf einen
Schornsteinbrand, der bald gelöscht war. — Von unseren Gesand-
ten ist nun auch Baron v. Nichteusen aus Hamburg hier angekom-
men und hatte heute Morgen bereits eine längere Besprechung mit
dem Minister v. Schleinitz. Die Hamburger wollen durchaus von
ihm wissen, welchen Ausgang der Hartortische Antrag in Bezug auf
Brasilien haben werde, d. h. sie wollen die Stellung wissen, welche
die Regierung dieser Frage gegenüber einnimmt. — Das Tages-
gespräch bildet heute der Polizeioberst Pagle. Am Sonnabend hat
derselbe Berlin verlassen und ist nach Rauen abgefahren, ist aber
noch nicht wieder von dort hierher zurückgekehrt. Man erzählt sich
nun, daß derselbe nach Kopenhagen zu seinem Freunde, dem Gene-
ralkonsul Ryno Duehl, gegangen sei. Schon am Donnerstag hat
unser Stadtgericht auf Grund des §. 323 des Strafgesetzbuches die
Voruntersuchung gegen Pagle beschlossen und seit gestern ist er vom
Amte suspendirt. Seitdem dies bekannt, hat sich die große Auf-
regung einigermaßen gelegt.

[Schulwesen.] Nach einer Verfügung des Unterrichts-
ministers ist Vokationen, worin Lehrern u. s. w. Verzichtleistung auf
Pensionsberechtigung angeboten wird, fortan durch die Regierung
die Bestätigung zu versagen.

[Obertribunalsentscheidung.] Das Justizmini-
sterialblatt enthält ein Erkenntniß des Obertribunals vom 4. v. M.
über Urkundenfälschung, wonach zum Begriff einer Urkunde im
Sinne des Strafgesetzbuches nicht gehört, daß dieselbe von der Hand
des Ausstellers geschrieben oder wenigstens unterschrieben sei, eine
Fälschung vielmehr auch an solchen Urkunden, Attesten und Scheinen
möglich ist, welche bloß mit einer lithographirten Unterschrift des
Ausstellers versehen sind.

[Eine Wahrscheinlichkeitsrechnung.] Aus den
offiziellen Rapporten der englischen, französischen und preussischen
Regierungen über den Verkehr der Eisenbahnreisenden und über
die dabei konstatarren Unglücksfälle geht hervor, daß ein Todter auf
4,500,000 und ein Verwundeter auf 381,000 Reisende komme.
Die Berechnungen wurden für Großbritannien von dem Zeitraum
von 1848—1856, für Frankreich von 1835—1856, für Preußen
von 1851—1856 angestellt. Analoge Berechnungen über die An-
zahl der Reisenden mit Postwagen von 1846—1856 ergaben einen
Todten auf 355,463, und einen Verwundeten auf 29,872 Reisende.
Es ist also für den Reisenden „auf der Achse“ zwölf Mal mehr
Gefahr, getödtet oder verwundet zu werden, als für den Eisenbahn-
reisenden.

Aachen, 5. Mai. [Manöver.] Es ist nunmehr festgestellt,
daß die gemeinschaftlichen Manöver des siebenten und achten Armeekorps
an der untern Eifel, und zwar vom 16.—21. September,
stattfinden werden. Das achte Armeekorps wird am 4. September
in der Gegend von Düren und Kerpen konzentriert; die Manöver
im Armeekorps beschränken sich ganz auf den Regierungsbezirk
Köln. Die demselben vorhergehenden achtstägigen Divisionsübun-
gen werden für die 15. Division in der Gegend von Bergheim, für
die 16. Division in der Gegend von Düren abgehalten. Die 16.
Division läßt die Infanteriebrigaden bei Düren, die Regimenter in
den Garnisonen üben; für die Kavalleriebrigade ist noch keine Be-
stimmung getroffen. (N. 3.)

Eilberfeld, 4. Mai. [Zur Waisenhausangelegen-
heit.] Der Oberbürgermeister Lischte hatte die Stadtrathordneten
auf gestern Nachmittag 5 Uhr zu einer außerordentlichen und nicht-
öffentlichen Sitzung eingeladen. Die am 30. April d. J. ver-
sammet gewesene hiesige Kreisynode hat, nach Inhalt des heute
erschienenen „Kirchlichen Anzeigers“ aus dem Wupperthal, einen
Antrag folgenden Inhalts angenommen, welcher bei ihr von den

hiesigen evangelischen Presbyterien eingegangen war: Synode wolle ihren tiefen Schmerz darüber ausdrücken, daß gegen eine religiöse Erscheinung unter den Kindern des städtischen Waisenhauses, die ihrem Kern nach als Erweckung zu betrachten ist, von Seiten der städtischen Obrigkeit mit solchen Maaßregeln vorgegangen worden, durch welche theils der religiöse Charakter jener Bewegung verkannt, theils die tiefsten religiösen Interessen der hiesigen evangelischen Gemeinden verletzt worden sind. Aus Anlaß dieses Beschlusses war die Stadtverordneten-Versammlung zusammenberufen worden und erklärte mit 23 gegen 4 Stimmen:

Die städtischen Behörden haben bisher den mancherlei, zum Theil verunglimpfenden Beurtheilungen ihres Verfahrens in der Waisenhausangelegenheit nur das Bestreben entgegengesetzt, durch rein sachliche Beschlüsse und Anordnungen so bald als möglich den Waisenkindern die Segnungen einer ruhigen und geordneten christlichen Erziehung wiederzugeben. Jetzt aber, wo die Agitation gegen ihr Verhalten so weit gegangen, daß die Kreisynode sich veranlaßt gesehen hat, dasselbe als eine Verletzung der tiefsten religiösen Interessen der hiesigen evangelischen Gemeinden zu bezeichnen, erachtet die Stadtverordneten-Versammlung es für ein Gebot der Ehre und für eine Pflicht gegen die Bürgerchaft, hierdurch auszusprechen: daß Seitens der städtischen Behörden nichts getrieben ist, wodurch die wahren und berechtigten Interessen evangelischer Gemeinden irgend- wie verletzt werden könnten; daß sie unerschütterlich festhalten wird an den Grundsätzen, welche in der Behandlung der, in einer rein städtischen Anstalt, unter der gesetzlichen Vormundchaft der städtischen Behörden befindlichen Waisenkinder von ihr als die allein richtigen anerkannt und bisher verfolgt worden sind; daß sie darin sich nicht beirren lassen wird durch den Versuch einer Einwirkung, die in den Organismus städtischer Verwaltung nicht gehört; daß sie demgemäß die unerbundene und maachlose Zensur der Kreisynode mit Entschiedenheit zurückweist und die feste Zuversicht hegt, daß die Bürgerchaft dieser Stadt sich durch keinerlei Einflüsse in ihrem Vertrauen auf die von Gott verordnete Obrigkeit wankend machen lassen wird.

Magdeburg, 4. Mai. [Domänenverkauf.] Am 25. v. M. fand im hiesigen Regierungsgebäude der öffentliche Verkauf der drei Domänenvorwerke Beseilingen, Wolfsdorf und Grani (?) statt, welche bisher für 4000 Thlr. verpachtet gewesen waren. Das Kaufgeldminimum, welches auf 138,750 Thlr. normirt worden war, wurde bei Weitem überboten, da der Zuschlag für 244,800 Thlr. an den Domherrn Spiegel zum Deisenberg erfolgte.

Thorn, 5. Mai. [Eisenbahnbauten.] An der Eisenbahnstrecke Bromberg-Thorn wird rüstig gearbeitet und ist anzunehmen, daß die Schienen schon im Juli werden befahren werden. Auch die Erdarbeiten auf der Strecke Thorn-Dluczyn, d. h. bis zur preussischen Landesgrenze, werden in diesem Sommer hergestellt sein. Was wir über die Arbeiten an der Strecke von unserer Grenze bis Lomitz von Augenzeugen vernommen haben, klingt es eben nicht tröstlich. Es scheint drüben an der gehörigen Energie, Ordnung und zeitweise an den erforderlichen baaren Geldmitteln zu fehlen. Eine Menge Arbeiter, welche an der polnischen Eisenbahnstrecke arbeiten, sind nach dem diesseitigen Grenzorte Dluczyn zurückgekehrt. Ihre Klagen resumiren sich folgendermaßen: Es war ihnen ein Tagelohn von 25 Sgr. in Aussicht gestellt, sie mußten sich mit 10 Sgr. zufrieden geben, und zwar in Folge der Unredlichkeit der Schachtmeister, die selbstverständlich an den höheren Beamten einen Hinterhalt haben müssen. Zwei Schachtmeister waren mit dem ganzen Arbeitslohn der Arbeiter durchgegangen. Zu diesen traurigen Ereignissen kam noch eine große Theuerung der Lebensmittel, welche vornehmlich die Arbeiter zur Rückkehr in ihre Heimath zwang. (D. 3.)

Wien, 5. Mai. [Tagesnotizen.] Die Abreise des Kaisers nach Triest ist nun für nächste Woche definitiv festgesetzt. Die Erzherzoginnen Sophie und Marie werden dem Vernehmen nach die von Madeira zurückkehrende Kaiserin in Graz begrüßen. — Der Kaiser hat der Wittwe Bruck einen Gnadengehalt von 3000 fl. bewilligt. — Aus Agram wird gemeldet, daß der Banus mit einer zahlreichen Deputation hierher abgereist ist, um Schritte wegen der Vertretung der Militärgrenze im Reichsrath und der Annerion von Dalmatien zu thun. — In verschiedenen Orten Ungarns werden gegenwärtig die Steuern durch militärische Exekution eingetrieben. — In Görz wurde am 27. April Domenico Battoja, Gemüsehändler aus Baldoobiadene in der Provinz Treviso, wegen Verstoßes, Soldaten zur Desertion zu verleiten, und Falschwerbung, standrechtlich zum Tode verurtheilt und erschossen. — Die Gemeinden der Insel Beglia richteten eine Adresse an den Kaiser, worin sie die nicht statifundene Wahl von Abgeordneten in den Reichsrath beklagen und ihre Anhänglichkeit behaupten.

Innsbruck, 2. Mai. [Die Agitation gegen die Protestanten] hat noch nicht aufgehört. Ein gedruckter Anschlag an der Thür der Pfarrkirche thut kund, daß Gebetstunden abgehalten werden, um Gott zu danken, daß er durch die Erleuchtung des Landtags die Glaubenseinheit des Landes geschützt hat. Auch von andern Orten melden die Blätter Dankämter und Prozessionen aus Anlaß der glücklich beseitigten Protestanten-gefahr. Nebenbei wird der kleine Krieg gegen Mitglieder der liberalisirenden Minorität munter fortgesetzt. Ein Knittelpoet in den „Tiroler Stimmen“ macht Ausfälle auf die Aerzte, Brauer und Handelsleute im Landtag, die sich herausnahmen, über die Religion zu reden, ohne von der Theologie etwas zu verstehen. Gemeint sind Dr. Preßbichner, M. Meyer, v. Duper. Dr. Hahlwanger ist für sein vier-schrötiges Auftreten im Landtage zum „Ehrenbauer“ in Steinach gemacht worden. Wie Herr v. Duper von der Handelskammer in Bozen, so hat M. Meyer von der in Innsbruck für seine Haltung in der Protestantenfrage ein Vertrauensvotum erhalten. Gegen Dr. Streiter, erwählten Bürgermeister von Bozen, haben die Klerikalen eine Petition in Umlauf gesetzt, um dessen Bestätigung zu hinter-treiben! (S. 3.)

Pesth, 1. Mai. [Vom Landtage.] Das Unterhaus setzte nach den drei Trauertagen die Sitzungen gestern wieder fort. Nach Anzeige einiger Schriftstücke meldet der Präsident, daß die hiermit beauftragte Kommission den Kostenüberschlag des Hauses schon ausgearbeitet habe. Der Entwurf wird nach vorhergegangener Prüfung zur Diskussion gelangen, wurde jedoch einstweilen gedruckt vertheilt. Die Gesamtkosten belaufen sich für den ersten Monat, nämlich vom 2. April bis 1. Mai, auf 102,155 G., dabei kommen jedoch vierteljährliche Vorausbezahlungen für Miete der Deputirten-wohnungen und Lohn der Diener, ferner für Equipirung derselben vor. Der Präsident erhält 1050 G. monatlich. Nach einigen andern Vorlagen wurde mit den Verifikationsberichten fortgefahren. — Im „Pesti Napló“ behandelt Baron Kemény die Frage über die Beziehungen zwischen dem ungarischen Landtage und dem Reichsrathe in Wien in einer Weise, welche keineswegs auf eine Nachgiebigkeit der gemäßigteren Partei in Ungarn in Betreff der Personalunion schließen läßt.

Hannover, 5. Mai. [Politische Bewegung; Feld-telegraphie.] Die Wirkungen der Versammlung vom 8. v. M. dauern fort. Die erste Vernehmung der hiesigen Lehrer hat stattgefunden. Auch die Maaßregel gegen Magistratsmitglieder bestätigt sich, scheint aber auf die Stimmführenden beschränkt zu sein, vielleicht weil man es vermeiden wollte, mit Stübe in Kontakt zu kommen, dessen Sekretär hier anwesend war. Nach dem Beispiel Harburgs und Osterode's haben jetzt auch Bürger der Stadt Velzen Herrn v. Bennigsen ihre freudige Zustimmung zu den Beschlüssen vom 8. in einer Adresse ausgesprochen, während in Emden und wiederum in Osterode auch der Versuch zu Gegenadressen gemacht sein soll, obgleich die „Hannov. Ztg.“ die nach den Umständen beste Partei ergriff, zu erklären, daß sie Gegen-demonstrationen nicht für nöthig halte und darum auch nicht erwarte. In Hildesheim suchte die Polizei nach den Düssel-dorfer Abdrücken der Adresse, als sie, obwohl buchweise in die öffentlichen Lokale gebracht, schon nicht mehr zu finden war. Hier, scheint es, hat man nichts gethan, um die Vertheilung zu hindern. — Der „Hannov. Cour.“ bringt die Nachricht, daß der hiesige Generalstab mit der Einrichtung einer vollständigen Feldtelegraphie eifrig beschäftigt ist, die darauf berechnet ist, das System der Küstenvertheidigung durch ein rasches und gesichertes Nachrichtenwesen zu vervollständigen. Ein Offizier und zwei Guiden des Generalstabes und vier Unteroffiziere des Ingenieurkorps werden bereits in der Handhabung der Telegraphen eingeweiht.

Großbritannien und Irland.

London, 4. Mai. [Hofnachricht.] Die Königin, der Prinz Gemahl und die Prinzessinnen siedelten am 1. d. nach White Lodge im Parke von Richmond über. Die jungen Prinzen blieben in Buckinghampalace und der Prinz von Wales kehrte nach Cambridge zurück.

[Die Baumwollenkultur.] Nach der „Morning Post“ finden zwischen der türkischen Regierung und der Baumwoll-kompagnie in Manchester Unterhandlungen statt, welche durch den Bürgerkrieg in Nordamerika angeregt sind. Die türkische Regierung ist bereit, einen großen Theil ihrer auf der syrischen Küste gelegener Kronländereien an europäische Kapitalisten und Baumwollensbauer zu verpachten und die rohe Baumwolle vom Zehnten, so wie von allem Ausfuhrzoll zu befreien, macht jedoch dafür die Bedingung, daß die Mächte, mit denen sie Handelsverträge geschlossen hat, ihr gestatten, den Einfuhrzoll bis auf 10 Prozent, oder andererseits die Thee-, Kaffee-, Zucker- und Spirituosenzölle zu erhöhen. Die „Post“ hält diese Bedingung für unzulässig. Man solle die türkische Regierung darauf verweisen, daß Syrien nicht der einzige Landstrich sei, der zum Baumwollpflanzen eintade. Egypten und vor Allem Britisch-Indien tragen vorzügliche Baumwolle. Das Mittelmeer sei für Segelschiffe eine langwierige Fahrt, und eine Strecke von 3000 Seemeilen über den Ocean lege sich leichter zurück als dieselbe Strecke zwischen Bejrut und Liverpool. Angesichts der Konkurrenz, mit welcher Syrien zu kämpfen habe, werde die türkische Regierung mit sich handeln lassen. Die „Times“ bemerkt, daß in der Baumwollwelt, der amerikanischen Krisis gegenüber, eine Gelassenheit herrsche, die man für Apathie oder Verblendung halten könnte. Wenn man vor 5 oder 10 Jahren an die Möglichkeit der jetzt eingetretenen Ereignisse gedacht, so habe man sich vorgestellt, daß sie in Lancashire und ganz England nichts Geringeres als einen panischen Schrecken hervorrufen würden. Der böse Traum sei zur Wirklichkeit geworden und scheine Niemanden bange zu machen. Manchester baue mit Zuversicht auf das Gezeß von Bedarf und Lieferung, und Viele seien des vielleicht allzu fühnen Glaubens, daß selbst ein Bürgerkrieg dem Baumwollensbau in den Sklavenstaaten kein Ende machen würde. Ein Ende freilich nicht, aber wenn er ihn nur auf ein oder zwei Jahre unterbräche, so hätte er Unheil genug angerichtet.

[Parlament.] In der gestrigen Unterhaus-sitzung lenkte Cochrane die Aufmerksamkeit des Hauses auf Polen, zieht eine Parallele zwischen der diesem Lande und Neapel gegenüber von der englischen Regierung verfolgten Politik und bemerkt, Lord J. Russell scheine den alten römischen Spruch anzunehmen, indem er nach dem Grundsatze verfare: Parcere superbis et debellare subjectos. Schließlich fragte er, ob der Staatssekretär des Auswärtigen bereit sei, gewisse Depeschen des britischen Generalconsuls zu Warschau vorzulegen. Sir J. Verney sprach die Hoffnung aus, daß Lord J. Russell seinen Einfluß ausüben werde, um einen Ausbruch in Schleswig und Holstein zu verhindern. Wenn man die französische Regierung vernünftig könnte, die Sache ebenso aufzufassen, wie der englische Sekretär des Auswärtigen, so, glaube er, ließe sich die Agitation in den erwähnten Provinzen beschwichtigen, und dieselben könnten, statt eine Quelle der Schwäche und des Verzerrnisses für Dänemark zu sein, sich in ein Mittel der Stärke verwandeln. Es sei von hoher Autorität an einer andern Stelle behauptet worden, die Urheber des schleswig-holsteinischen Streites seien die deutschen Bewohner der beiden Provinzen. Es sei das eine ganz irrige Ansicht. In Kopenhagen habe stets eine starke nationale Partei bestanden, welche das deutsche Element in Schleswig hätte los werden und die Provinz in Dänemark einverleiben wollen. Es sei nicht wahr, daß die Bewohner Schleswigs und Holsteins im geringsten den Wunsch offenbart hätten, von Dänemark getrennt und mit Deutschland vereinigt zu werden. Sie verlangten nichts weiter, als ihre alten verfassungsmäßigen Rechte. Leider habe er aus einem vor ein paar Tagen erhaltenen Briefe erfahren, daß die dänische Regierung sich selbst jetzt noch Eingriffe in diese Rechte erlaube und diejenigen verfolge, welche dieselben zur Geltung zu bringen suchten. Schließlich fragte der Redner, ob die Regierung etwas gegen die Vorlegung des hieroglyphischen Berichtes des Generalconsuls Ward in Hamburg habe, den derselbe vor ungefähr fünf Jahren abgetattet habe. Lord John Russell sagt (siehe Tel. in der gest. Z.), es sei behauptet worden, er habe in seiner October-Depesche an die Nationalitäten appellirt, und diese Berufung an die Nationalitäten habe die Vorgänge in Warschau und Ungarn veranlaßt. Es sei eine irrige Voraussetzung, daß er überhaupt an Nationalitäten appellirt habe. Er habe in jener Depesche gesagt, was die Ansichten der englischen Regierung über Italien und zwar namentlich über Neapel und Sicilien gewesen seien, und er sei dazu dadurch bewegen worden, daß Rußland und Preußen ihre Meinungen bereits ausgesprochen hätten, und weil früher oder später doch jedenfalls die Frage habe auftauchen müssen, ob die an Stelle der Regierung des ehemaligen Königs von Neapel getretene Regierung so beschaffen sei, daß England sie als eine regelmäßige Regierung in Europa anerkennen könne. Es sei deshalb nöthig gewesen, über die Vorgänge in Italien eine Meinung abzugeben, und das habe er gethan. Er habe nämlich erklärt, daß, da seit dem Jahre 1821 das Volk sowohl im Kirchenstaate, wie in Neapel eine Mißregierung erduldet habe, die ihm als schlimmer erschienen sei, als irgend eine in irgend einem andern europäischen Lande — viel schlimmer als die in der Türkei — er sich nicht darüber wundern könne, daß es sich den Invasionsstruppen angeschlossen habe, von welchen die frühere schlechte Regierung gestützt worden sei. Was Polen betreffe, so müsse jeder Engländer Sympathie mit einer so tapferen Nation hegen, die eine so glänzende Geschichte habe und bis auf den heutigen Tag an ihren Nationalitätsgefühlen festhalte. Man könne sich des Gefühls nicht entschlagen, daß Polen ein besseres Geschick verdiene, und man müsse die Theilung Polens bedauern. Doch würde er sich wohl hüten, irgend etwas zu sagen, was die Polen zu der Annahme verleiten könne, ihre Nationalität werde durch irgend welche Bemühungen Englands zu ihren Gunsten wiederhergestellt werden. Er

zweifle gar nicht an dem Charakter der Antwort, die er erhalten würde, wenn er eine Depesche über diesen Gegenstand an den Hof von Petersburg schreibe. Man würde ihm sagen, der Kaiser von Rußland habe seinen politischen Unterthanen die freigestimmten Zugeständnisse gemacht, und Alles, was er wolle, sei, daß Ruhe in jenem Lande herrsche. Auf der einen Seite wolle er diese Zugeständnisse nicht zurücknehmen; andererseits aber wolle er auch die Polen nicht überfahren, welche er zur Aufrechterhaltung seiner Autorität über Polen für nöthig halte. So ungefähr würde die Antwort lauten. Sei aber wohl irgend eine Partei in England bereit, oder ließe sich irgend eine Regierung finden, die bereit sei, zu den Waffen zu greifen, um die Nationalität Polens mit Gewalt wiederherzustellen? Die neulichen Ereignisse in Warschau seien ohne Zweifel sehr beklagenswerth. Er könne nicht begreifen, warum man die Bewohner nicht vorher gewarnt und ihnen nicht vorher angezeigt habe, daß man Zusammenrottungen mit Waffengewalt zersprengen werde. Er fühle sich nicht berechtigt, dem Hause die verlangten Berichte vorzulegen. Was Neapel betreffe, so sei es sehr natürlich, daß der Erzkönig einen Zufluchtsort in Rom gefunden habe. Doch sei es sehr zu bedauern, daß jene Hauptstadt ein Herd von Verschönerungen gegen die bestehende Obrigkeit sei. Depeschen über die neueren Vorgänge in Neapel könne er nicht vorlegen. Was Schleswig-Holstein anbelange, so unterhandle die britische Regierung mit verschiedenen Mächten zu dem Zwecke, die Streitfrage zu schlichten. Es scheine ihm, daß der Zwist seinen Grund weit mehr in den Leidenschaftlichkeiten habe, welche durch die auf beiden Seiten erhobenen sehr großen Ansprüche erweckt worden seien, als in irgend einer durch die Sache selbst bedingten wirklichen Schwierigkeit. Nichts könne gefährlicher sein, als ein Kampf zwischen Deutschland und Dänemark, und kein Mensch vermöge zu sagen, welche Dimensionen derselbe annehmen werde. Die englische Regierung nehme einen vollständig unabhängigen Standpunkt ein, und er hoffe daher, daß ihre Vorstellungen einen guten Erfolg haben würden. Er glaube, die Vorlegung des vor fünf Jahren abgefaßten Berichtes des Herrn Ward würde, da die Dinge seitdem eine ganz andere Gestalt angenommen hätten, geeignet sein, das Haus irre zu setzen und zu verwirren. Doch hoffe er in ein paar Tagen Papiere vorzulegen, welche dem Hause einen Einblick in den gegenwärtigen Stand der holsteinischen Frage gewähren würden.

[Beschwerde gegen Lord Elgin.] Major Brabazon, der Vater des in China ungelommenen Kapitäns Brabazon, beklagt sich in einer Zuschrift an „Daily News“ mit großer Bitterkeit über Lord Elgin und dessen Begleiter in China, die, wie er behauptet, die einfachsten Maaßregeln unterlassen hätten, um über das Schicksal seines Sohnes Gewißheit zu erlangen. Nicht einmal den Kanal, in welchen nach der Angabe der Mandarin Kapitan Brabazon's Leiche geworfen worden, hätten sie unterzuchen lassen, obgleich Hunderte von Kulies an Ort und Stelle gewesen, um die Arbeit zu übernehmen. Unter Anderem beschwert er sich, daß sein Sohn, gefallen sei in der Ausführung eines verzweifelten Befehles (denn freiwillig hatte er sich dazu nicht erbötet), im Rücken einer in Schlachtordnung aufgestellten tatarischen Armees Notizen zu machen. Major Brabazon scheint demnach die von einigen Seiten schon früher geäußerte Ansicht zu theilen, daß Brabazon und seine Gefährten von dem tatarischen General als Spione behandelt worden.

[Graf Shaftesbury über Bibelverbreitung und Nationalismus.] Am 1. d. fand in Greter-Hall die 57. Jahresversammlung der „British and Foreign Bible Society“ statt. Der Vereinspräsident, Graf Shaftesbury, führte den Vorsitz und hielt eine Rede, die, wegen der darin enthaltenen Aeußerungen über die vielbesprochenen „Essays and Reviews“, interessiren dürfte. Der fromme Graf sagte:

Seit der letzten Jahresversammlung hat es Gott gefallen, den Verein mit sehr großen Erfolgen zu segnen. Er hat ihm das Königreich Italien erschlossen, und auf der ganzen Halbinsel wird nun das volle und ganze Wort Gottes in der Volkssprache ohne Hemmnis oder Hinderniß verbreitet. Er hat auch in den Gemüthern derjenigen, die im östreichischen Kaiserstaat registriert, Licht werden lassen, und es werden jetzt zum Gebrauch für die Unterthanen Seiner kaiserlichen Majestät Bibeln eingeführt. Auch in Rußland hat der Esar die Verbreitung von Bibeln in der Landessprache gestattet. Seit unserer letzten Versammlung sind andere Dinge vorgefallen. Im Schooß der christlichen Kirche ist starker Unglauben zur Reife gekommen. Ein Konfession von sieben Gentlemen, deren Glaube sich ohne Zweifel auf gewissenhafte Ueberzeugung gründet, aber dem Glauben unseres Vereins direct entgegen ist, hat mit großem Geräusch und Pomp ein Buch herausgegeben. Nun denke ich, daß alle Verfasser dieses Buches für jeden Auftrag darin, für das Ganze und alle für einen wie einer für alle Verfasser verantwortlich sind. Sie haben sich zu einer gemeinsamen Rolle verbunden, sie geben zusammen ein Buch heraus, mit einander Gewinn und Verlust, Ehre und Schande theilend, je nachdem es kommen würde, sie haben sich verbündet, ein neues Evangelium einzuführen. Nun ist es hier wieder die Zeit noch der Ort, um die Prinzipien und Folgen des Nationalismus eingehend zu erörtern; aber man fragt vielleicht, was den Verein das Buch angeht. Das Buch sucht dem Verein gewissermaßen das Handwerk zu legen. (Hört! Hört!) Wenn das Buch die Wahrheit enthält, so ist der Verein ein unbefugter. Wenn das Wort Gottes nicht von göttlicher Eingebung ist, wenn es nicht den Willen des göttlichen Verfassers frei und vollständig ausdrückt, nicht in der That das Wort Gottes selbst ist, dann ist unser Bibelverein dazu da, einen großartigen Betrug zu verbreiten. (Hört! Hört!) Der Verein bringt die Bibel in Umlauf und sagt Jedermann, er solle ihr als einer himmlischen Aufzeichnung Gehorsam leisten, während wenn das belagte Buch die Wahrheit enthielte, die Bibel ein Betrug sein würde, und dies wäre um so unerträglicher, als sie sich für himmlischen Ursprungs ausgibt und doch nichts als den Schweiß und die Arbeit un-inspirirter und fehlerhafter Menschen enthalten würde. Ferner wäre, nach der Deutung jener Gentlemen, die Bibel nicht zur allgemeinen Verbreitung geeignet, denn sie könnte nur von Leuten von großer Bildung und klassischer Beliebigkeit verstanden werden, was dem Recht der eigenen Forschung (right of private judgment) ganz und gar ein Ende machen würde. Die Bibel wäre somit der großen Masse der Menschheit verschlossen, denn nur diejenigen, die einen großen Schatz von Gelehrsamkeit besitzen, wären im Stande, sie zu studiren, und so würde ein geistiger Despotismus entstehen, drückender als derjenige, der in den berücktesten und abscheulichsten Tagen Roms gebercht hat. (Cheers.) Nun, der Verein protestirt gegen seine Beurtheilung. Die Bischöfe haben durch ihren Protest sehr viel Gutes gewirkt, und ich hege die herzlichste Zuversicht, daß das Lateinische England der Bewahrung Nachdruck geben wird. Die Bischöfe dürfen nicht im Stich gelassen werden. Ich vertraue, daß sowohl Geistliche wie Laien den Bischöfen beistehen und dem Volke zeigen werden, in welche Schulen und Kollegien es seine Söhne schicken soll; und daß in Kurzem eine große Anzahl Männer herangebildet sein wird, die, auch ohne tiefe Gelehrsamkeit zu besitzen oder gewandte Polemiker zu sein, in der Bibel recht belesen sein werden. (Lauter Cheers.)

[Ein originelles Vermächtniß.] Mr. George Wilson, der unlängst in Carlisle's Lodge bei Wigton in der Grafschaft Cumberland starb, hinterließ ein Testament, unter dessen Bestimmungen eine folgendermaßen lautet: „Ich gebe und vermache der Person des dormaligen Kaisers von China die Summe von 19 Pfund 19 Schillingen als Zeichen meiner Dankbarkeit für die zuvorkommende Behandlung, die mir während meiner chinesischen Reise im Jahre 1855 von Seiten der Beamten jenes Reiches zu Theil geworden ist.“ Ob sich wohl andere Staaten dies zur Aufmunterung dienen lassen werden?

London, 6. Mai. [Telegr.] Gutem Vernehmen nach hat Preußen einen Vermittlungsvorschlag Englands, Frankreichs und Rußlands in der holsteinischen Angelegenheit abgelehnt, da es daran festhält, diese Frage lediglich als eine rein deutsche zu betrachten.

Frankreich.

Paris, 3. Mai. [Die syrische Frage.] Heute Mittags ist der neue türkische Gesandte, Bely Pascha, von Herrn Thowvenel empfangen worden. Die neuen Instruktionen für Syrien sind mit der letzten Post aus Konstantinopel hier angekommen, und Alles

scheint sich in bester Verträglichkeit lösen zu wollen. Eine Adresse aus Beyrut an die Kommission der Großmächte ist vom 14. April datirt und von etwa 400 europäischen in Beyrut und im Libanon anlässigen Handels- und Gewerbetreibenden jeder Nationalität unterzeichnet, welche ein früheres Schreiben der Konsuln an die europäische Kommission für nicht energisch genug gehalten und deshalb das Bedauern empfunden hatten, ihre Wünsche in kräftigerer Form zu Papier zu bringen. Die Intervention Europas, sagen sie nun, habe allerdings dem Gemüth Einhalt gethan und augenblicklich Ruhe geschafft, aber noch sei lange nicht genug geschehen, um die Spuren der verübten Gräueln zu verwischen und deren Wiederkehr zu beschwören. Entschädigungen seien versprochen, aber bis jetzt nicht geleistet worden; die Organisationsfrage scheint noch nicht einmal im Prinzip gelöst zu sein. Wie die Sachen jetzt in Syrien ständen, sei die Fürsorge der Großmächte nöthiger denn je; nur schnelle und kräftige Entschlüsse seien im Stande, den vollständigen Abzug des Landes abzuwenden.

Paris, 4. Mai. [Staatsvorschlüsse für Industrielle.] Die durch kaiserliches Dekret vom 5. Dezember v. J. eingesetzte Kommission, welche die Gesuche der Industriellen um Staatsvorschlüsse aus den durch das Gesetz vom 1. August v. J. dazu angeordneten 40 Millionen prüfen sollte, hat unterm 25. April an den Kaiser einen Bericht erstattet, der heute im „Moniteur“ abgedruckt steht. Es waren im Ganzen über 500 Gesuche um Vorschlüsse von zusammen beinahe 80 Millionen eingegangen; 252 wurden zur näheren Prüfung zugelassen und 200 davon, welche auf zusammen 88,440,000 Fr. lauten, angenommen. Demnach wurden 27 Gesuche auf Eisen und Metalle 9,110,000 Fr., 88 Gesuche auf Seidenweberei und Seidennähte 15,060,000 Fr., 5 Gesuche auf Transportwegbau 1,200,000 Fr., 11 Gesuche auf Bergbau 3,800,000 Fr., 18 Gesuche auf Maschinen 1,417,000 Fr., 6 Gesuche auf Zuckerraffination 3,250,000 Fr. und 45 Gesuche auf Papier und verschiedene andere Fabrikzweige 4,583,000 Fr. Vorzuschlag gewährt. Alle Gesuche im Interesse des Handels und der eigentlichen Landwirtschaft sind unberücksichtigt geblieben. Auf 162 Vorschlüsse im Betrage von 33 Millionen hat Hypothek gestellt werden müssen, bei den übrigen hat man Kautions verlangt oder reinen Kredit gegeben. Die Rückzahlung soll in zehn Jahresraten erfolgen.

[Tagesnotizen.] Die „Patrie“ hat (s. gestr. Stg.) keine Verwarnung erhalten, obgleich die Sache heute Gegenstand einer Ministerberatung gewesen. Man sprach sogar im Laufe des Tages von einer einmonatlichen Suspension des Blattes. Wie es heißt, hat namentlich der Kriegsminister, Marschall Randon, auf eine nähere Untersuchung der großen Streitfrage zwischen der städtischen Administration und der „Patrie“ angetragen. — Man spricht von einer Reise des Kaisers nach Oulon für den Monat Juni. Es soll bei dieser Gelegenheit zu einem merkwürdigen Experimente kommen. Das Panzerschiff „La Gloire“ soll nämlich gegen die Spitze eines alten Einienerschiffes antreffen, das man zu diesem Zwecke aufopfert, um sich von der Leistungsfähigkeit des eisernen Schiffschiffs in diesem Fache zu überzeugen. — Das Théâtre Français soll jetzt auf kaiserliche Verfügung in das neue Louvre verlegt werden. Es heißt bereits, daß die in Angriff genommenen Arbeiten an dem bisherigen Theater im Palais Royal deshalb unterbrochen werden sollen. — Die Familie des Herrn Mirès hat eine Petition an den Kaiser gerichtet, damit jener in eine Krankenanstalt gebracht werde. — Im Hotel du Louvre wird die demokratische Partei Herrn Jules Favre und seinen wenigen Oppositionskollegen des gesetzgebenden Körpers ein großes Bankett geben. Es haben sich bereits mehr als 600 Personen unterzeichnet.

[Verfahren gegen Mirès; Feier der polnischen Konstitution.] Nichts zeigt so evident die erschreckende Rücksichtslosigkeit des gegenwärtigen Regime als das Verhalten gegen Mirès. Es ist allerdings keine Thatsache, die erst von heute und gestern datirt, daß man in Frankreich Unterdrückung der persönlichen Freiheit sehr gering achtet. Der gegenwärtige Beherrscher dieses Landes hat diese Eigenschaft der Franzosen selbst konstatirt. Er selbst war es, der es aussprach: Man könne die Ruhe des Bürgers stören, sein Hausrecht verletzen, ihn Monate lang einer präventiven Einsperrung unterwerfen, alle Garantien der persönlichen Freiheit mißachten, und wenn selbst einige Personen von Gemüth ihre Stimme erheben, das öffentliche Urtheil bleibt ruhig und unerschüttert, sobald politische Leidenschaften es leiten. Der Kaiser der Franzosen scheint an dem Fall Mirès die Probe machen zu wollen, ob auch andere Beweggründe, als die von der politischen Antipathie diktierten eine gleiche Mißachtung des persönlichen Rechts gestatten. Das Regime vom zweiten Dezember hat an der Person des Mannes, den das Geschick ihm zum Mißthuligen und Opfer zugleich bestimmt hat, diese Probe gemacht und der Erfolg belohnt den Verurtheilten. Vergeben hat Herr Mathier, der Anwalt des Gefangenen, vor dem Gerichtshof gegen die Behandlung seines Klienten berechneten Protest erhoben. Mirès bleibt im engsten Verluß. Bevor ein Urtheil ergangen ist, ja kaum daß die Untersuchung noch formell begonnen hat, ist ihm jede Verfügung über sein Vermögen entzogen. Das Gericht sequestirt sein Eigenthum, verfügt über seine Rechte, schließt durch seine Bevollmächtigten Verträge ab, löst geschlossene Verträge wieder auf und behandelt einen kaum angeklagten, viel weniger verurtheilten Mann, wie einen durch rechtskräftige Entscheidung zum moralischen Tode Verurtheilten. Bis zum 18. April war dem Gefangenen jede Rücksprache mit seinem Rechtsfreunde untersagt. Seine Familie wurde nur in seltenen Fällen zu ihm gelassen, die unbedeutendsten Familienbriefe durften nur nach vorheriger Durchsicht in seine Hände gelangen, selbst die Mittheilung von der Entbindung der Fürstin Polignac, seiner Tochter, mußte den Schlichter zum Organ wählen. Eine schwache, aber macht- und energielose Reaktion giebt sich deshalb in der öffentlichen Meinung gegen diese Behandlung kund; allein die Presse wagt kein Wort. Mirès' eigene Journale sind unter die Leitung seiner Gegner gestellt, und ein Protest des Fürsten von Polignac gegen die willkürlichen Haushaftungen, das Erbrechen von Briefen, in denen man Mirès' geheime Verhältnisse vermuthete, und ähnliche Gewaltthaten, hat vergebens die Kunde durch alle Reaktionsbüreaux gemacht. — Das Hotel Lambert, in welchem Gaxtorpski seinen glänzenden Haushalt, um nicht Hoshalt zu sagen, führt, war gestern Abend der Schauplatz eines glänzenden Festes. Die polnische Emigration beging den siebenzigsten Gedenktag des 3. Mai 1791. Herr v. Persigny hat dem Fürsten vorgestern einen

Besuch gemacht, wie man sagt, um im Auftrage des Kaisers Maßnahme zu empfehlen. (B.H.)

Belgien.

Brüssel, 3. Mai. [Die Arbeiterunruhen in Gent.] In Gent, der größten Fabrikstadt Belgiens, sind am Montag, wie schon gemeldet, unter den Rattnarbeitern gefährliche Unruhen ausgebrochen. Es giebt deren, berichtet man der „B. Z.“ Spinner, Weber, Bleicher und Drucker, über 70,000 dort, und man schätzt die Kapitalien, die zu dieser Industrie verwendet und dadurch in Umlauf sind, auf über 50 Millionen Franken. Schon vor zehn Tagen hatte eine große Anzahl der Arbeiter aus der Fabrik von Parmentier und Komp., angeblich wegen zu niedern Tagelohnes, die Arbeit eingestellt. Sie können das um so leichter, als die Rattnarbeiter unter sich eine Kasse haben, woraus sie bei Einstellung der Arbeit unterstützt werden. Hr. Parmentier hatte sich damit geholfen, daß er auswärtige Arbeiter aus Alost, Renair, Tournai und sogar aus Brüssel angeworben hatte, und dabei hatte er durch Anschlagzettel bekannt gemacht, daß er Weber beiderlei Geschlechts verlangte und den guten Arbeitern 15 Fr., also 4 Tblr. Wochenlohn und mehr versprach. Die auswärtigen Arbeiter wurden von den einheimischen verhöhnt und malträtirt, und die Zettel abgerissen, aber die energische Haltung der Polizei machte diesen ersten feindlichen Manifestationen ein Ende. Nun war der Sonntag dazwischen gekommen und der Montag, wo stark getrunken wird, dazu, und Montag Nachmittags gegen drei Uhr wimmelte die Scheerenschleiferstraße von Arbeitern, die nach dem Gasthof zogen, wo ihrer schon eine kompakte Menge harrete. Sie trugen große Zettel, worauf in vlämischer Sprache die Worte zu lesen: „Eintracht macht stark. Die Weber von Gent.“ In der Scheerenschleiferstraße begegnete der Zug Hrn. Parmentier und seinem Buchhalter, die angegriffen und mißhandelt wurden und ihre Rettung nur einigen muthigen Bürgern, die sie fortbrachten, verdankten. Die Arbeiter zogen hierauf vor die Fabrik des Hrn. Parmentier, die jedoch von zahlreichen Polizeienten besetzt war und deren eiserne Gitter geschlossen waren. Die Gitter wurden mit Balken zertrümmert und die aufgeregte Menge drang ein, wobei es zum Kampfe mit der Polizei kam, und vier Kommissarien und mehrere Agenten mehr oder weniger verwundet wurden. Die Arbeiter sollen am wüthendsten gewesen sein, eine einem Agenten den Säbel entzogen und drauf geschlagen haben, während eine friedlichen Arbeiter zurück, daß sie zu feig wären, um ihren Brüdern in dem Werke des Aufruhrs und der Zerstörung, das sie unternommen, zu helfen. Die Polizei blieb jedoch zuletzt Meister vom Platz. Wie viele Verwundungen unter den Arbeitern vorgekommen sind, weiß man noch nicht. Die Bürgergarde wurde gleich versammelt und die Gendarmen und die Garnisonstruppen wurden requirirt. Aber nur die Bürgergarde ist, von der Polizei und Gendarmen unterstützt, eingeschritten, gegen hundert Verhaftungen wurden vorgenommen; auch soll es der Polizei gelungen sein, während der Nacht die Rädelführer, die sich verborgen hatten, zu ergreifen. In den meisten Rattunfabriken ist die Arbeit eingestellt worden und Weber und junge Mädchen durchzogen singend die Straßen. Vor allen bedrohten Fabriken waren Bürgergarden, Polizei und Gendarmen gelagert. Der Dienstag verlief ruhig, aber man fürchtete für den Abend, weil die Behörden sich gewigert, die Verhafteten frei zu geben und sich auf entfernten Punkten der Stadt die Arbeiter wieder versammelten. Die Truppen sind für jedes Ereigniß bereit und von dem Bürgermeister Gents ist ein Aufruf an die Arbeiter erschienen, worin er sie in ihrem eigenen Interesse zur Ruhe und Ordnung ermahnt, damit er nicht nöthig hätte, zu der Armees der Zustucht zu nehmen. (Glücklicherweise sind die Konflikte, wie bereits mitgetheilt, beieigt. A. Red.)

Brüssel, 4. Mai. [Senatsverhandlungen.] Der Senat hat heute mit 27 gegen 7 Stimmen die 15 Millionen für die Artillerie bewilligt. Sieben Senatoren enthielten sich der Abstimmung. Die Debatte des Senates bot geringes Interesse. Der Senat nahm hierauf auch den Gesegentwurf an, der den mit Hannover über den Stader Zoll abgeschlossenen Vertrag gutheißt. Nachdem die Tagesordnung erschöpft war, ward der Senat auf unbestimmte Zeit vertagt.

Italien.

Turin, 2. Mai. [Tagesnachrichten.] Graf Mamiani, ehemaliger Minister des öffentlichen Unterrichts, welcher kürzlich zum bevollmächtigten Geschäftsträger Italiens in Athen ernannt worden ist, wird sich Ende Mai auf seinen neuen Posten begeben. — Auf Ansuchen der Florentiner Handelskammer wird der Handelsminister dem Abgeordnetenhause einen Gesegentwurf vorlegen, wonach die auf 1861 anberaumte Kunst- und Industrieausstellung in Florenz auf das Jahr 1863, d. h. auf die Jahrhundertfeier Dante's (Dante wurde i. J. 1263 im Mai geboren), verschoben werden soll. — Im italienischen Kriegsministerium herrscht eine ungewohnte Thätigkeit, sowohl in Betreff von Waffenankäufen, wie von Anläufen aller für die Armee nöthigen Gegenstände. Man erwartet dieser Tage 150,000 Gewehre welche die Regierung in St. Etienne bestellt hat. — Man schreibt der „Sentinella Bresciana“ aus Padua vom 27. April: „Heute Morgens sind der Herzog von Modena und der Gr. Großherzog von Toscana in Padua angekommen. Sie haben über sämtliche Truppen Revue gehalten und denselben in einer begeisterten Rede den Uebergang über den Po für den 8. Mai verkündet.“ (3)

[Brief Herzens an Garibaldi.] Die Mailänder „Unita Italiana“ bringt nachstehende Antwort von Herzen an General Garibaldi: „Herr General! Ich werde die Worte Ihres Mitgeföhls den polnischen und russischen Offizieren mittheilen. Glücklicherweise hatten wir vor dem Eintreffen Ihrer Rathschläge bereits diesen entsprechend gehandelt. Uebrigens war kein großes Verdienst dabei, wir konnten nicht wohl anders handeln. Wir hatten freilich von einer zukünftigen Allianz aller slavischen Völker geträumt, vertragen wir jedoch diesen frommen Wunsch für eine günstigere Zeit. Die gegenwärtigen Umstände erheischen die vollständige Unabhängigkeit Polens (sans phrases), seine absolute Emanzipation von Rußland und Deutschland. Man hätte wohl denken können, daß Kaiser Alexander, der sich in der russischen Bauernfrage so edelmüthig besonnen, endlich die historische Nothwendigkeit der Wiederherstellung Polens begreifen würde. Unglücklicherweise findet sich bis jetzt in diesem Manne ein Wenig von dem Dektreiber, Viel von dem Preußen und vor Allem unendlich Viel vom Mongolen.... Bevor ich Ihren Brief erhalten, habe ich ein Bruchstück desselben durch den Telegraphen gelesen und sofort durch die Blätter derselben beantwortet. Ich schide Ihnen die „Daily News“, und wenn Sie es für nöthig halten, so rücken Sie sie in den „Diritto“ ein. Ich füge dem Journal den Aufruf bei, den Sie 1854 an die in Rußland kampfernde Armee erließen. Ich ergreife diese Gelegenheit, lieber General, Ihnen das, was die Welt Ihnen sagt und was wir Alle für Sie empfinden, zu wiederholen: den Ausdruck unserer Bewunderung, Sympathie und Liebe. A. Herzen.“

Spanien.

Madrid, 4. Mai. [Die Einverleibung San Domingos; Bermehrung der Marine.] Der ministeriellen „Correspondencia“ wird telegraphirt, daß „alle Städte von San Domingo Pronunziamientos zu Gunsten der Einverleibung in Spanien gemacht haben“. Die spanische Regierung wird, dem ministeriellen Organ zufolge, in Kurzem den Mächten die Annahme dieser Einverleibung anzeigen. Der Anfang des Zurücktreitens europäischer Staaten in amerikanische Verhältnisse ist das erste folgenreiche Ereigniß nach der Zerplitterung der nordamerikanischen Union. Die „Correspondencia“ meldet ferner: „Man sagt, daß nach dem auf die Angelegenheiten Domingos bezüglichen Plane Frankreichs, Spanien sich in dem weißen, Frankreich in dem schwarzen Theile der Insel festsetzen soll.“ — Im Laufe dieses Jahres wird die spanische Marine um sechs Schraubenschiffen ersten Ranges vermehrt werden. In Kurzem wird auch das Antillen-Geschwader um drei oder vier Kriegsschiffe vermehrt. Zwei davon

sind bereits abgegangen. Die dort versammelte Seemacht ist stärker als die der Vereinigten Staaten.

Rußland und Polen.

Petersburg, 5. Mai. [Ministerwechsel.] Nach einem Telegramm der „B. Z.“ hat der Kaiser den Wirklichen Staatssekretär und Beisitzer des Ministerkonseils Wallujeff zum Minister des Innern ernannt. Der bisherige Minister des Innern, Lanskoy, ist in den Grafenstand erhoben und zum Oberhofmarschall ernannt.

o Aus dem Königreich Polen, 4. Mai. [Beitrag zur Erinnerung an den 3. Mai 1791 in Kalisz eine Illumination stattfinden, und eine Menge polnischer Gutsbesitzer trafen vorgestern dort ein. Die Meisten aber verließen schon im Laufe des gestrigen Nachmittags die Stadt wieder, weil der Gouverneur, General Boronoff, erklärt hatte, er werde jede Beleuchtung oder ähnliche Kundgebung als eine Demonstration ansehen und aufs Strengste ahnden. — Nach einem vorgestern eingegangenen Befehl sollen die bereits auf Kriegsfuß gestellten 80,000 Mann, welche gegenwärtig im Königreich stehen, vollständig mobil gemacht werden, um jeden Augenblick fertig zu sein. Zu diesem Behufe werden auch die noch nöthigen Pferde und sonstiger militärischer Mehrbedarf angekauft und nun Alles in volle Bereitschaft gesetzt. — Bis jetzt beläuft sich die Zahl der in Warschau theils Gebliebenen, theils nachträglich an ihren Wunden Gestorbenen von beiden Seiten zusammen auf 63.

Von der polnischen Grenze, 6. Mai. [Telegr.] Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus Warschau dauern daselbst die gerichtlichen Ziviluntersuchungen und Verhaftungen fort. Wegen der Feier des russischen Osterfestes sind verschärfte militärische Vorichtsmaßregeln getroffen worden. Vor der Kathedrale sind Kanonen aufgeschoben.

Dänemark.

Kopenhagen, 1. Mai. [Agitation gegen das Ministerium.] Die Führer der dänischen antiministeriellen Partei, Bathasar Christensen und S. A. Hansen, bereisen die kleineren Städte der dänischen Inseln, nachdem sie hier in der Hauptstadt mit ihrem Danevirkeverein Fiaslo gemacht haben, und halten dort öffentliche Versammlungen ab, fallen aber an den meisten Orten mit ihren Vorschlägen zu antiministeriellen Adressen an den König durch. Der Hauptgrund ihres unglücklichen Mandatirens liegt offenbar darin, daß ihre Anklagen gegen das Ministerium hauptsächlich basirt sind auf eine angeblich zu große Nachgiebigkeit des Ministeriums gegen die Forderungen des deutschen Bundes, während jeder nachdenkende Mensch einsehen muß, daß diese Nachgiebigkeit nur in der durch Fanatismus erbizten Phantasie jener Männer existirt, in Wirklichkeit aber niemals vorhanden gewesen ist. Keinem Dänen fällt es natürlich ein, das Verfahren des Ministeriums gegen die holsteinische Ständeversammlung zu tadeln, durch welches das ganze dänische Regierungssystem vor den Augen ganz Europa's schwer kompromittirt worden ist. Die jetzt endlich in mehreren hiesigen Zeitungen erdientenen Erwiderungen auf die Entgegnungsschrift des Ministerkommissars Raasloff haben auch nicht das Mindeste zur Rechtfertigung der enthaltenen Zweiflungkeit der Regierung vermocht, obgleich man sich mehrere Wochen Zeit gelassen hat, auf Ausflüchte zu sinnen. (K. 3.)

Amerika.

Newyork, 20. April [Vorbereitungen zum Kriege.] Virginien ist aus der Union ausgeschieden, und der Gouverneur hat eine Proklamation erlassen, in welcher er den südlichen Bund anerkennt. Natürlich hat diese Nachricht im Süden großen Jubel verursacht. Die Regierung des Staats hat den Hafen von Norfolk gesperrt, indem sie am Eingange desselben Schiffe versenkte. Ein Kriegsschiff hat gedroht, die Stadt dem Boden gleich zu machen, wofern nicht die Hindernisse weggeräumt würden. Vorgestern zerstörten die zu Harpers Ferry von 1000 Virginiern bedrängten Bundeskommissare das dortige Zeughaus nebst Werkstätten und zogen sich dann mit einem Verluste von drei Mann nach Pennsylvanien zurück. In Nordkarolina sind die Bundesforts von den Staatsbehörden genommen worden. Ein Regiment aus Massachusetts ward auf dem Wege nach Washington in Baltimore von einem Pöbelhaufen angegriffen. Die Zahl der Todten auf beiden Seiten betrug eifs, und zahlreiche Verwundungen kamen vor. In Baltimore ist das Kriegrecht verkündet worden. Gouverneur Hicks verweigerte den Bundesstruppen den Durchmarsch durch Baltimore. Das Regiment von Massachusetts ist gestern in Washington angekommen. Präsident Lincoln hat eine Proklamation erlassen, durch welche er über die Häfen aller ausgeschiedenen Staaten den Belagerungszustand verhängt. Die Bundesregierung will die Befehlshaber und die Mannschaften aller mit Kaperbriefen versehenen Schiffe des Südens als Piraten behandeln. Kein Proviant und keine Waffen dürfen nach dem Süden abgehen. In Washington kommen von allen Seiten her Truppen an. Gegenwärtig stehen dort 5000 Mann unter Waffen. Alle Brücken zwischen Baltimore und Washington sind abgebrochen. Von Philadelphia aus sollen Bundesstruppen über Havre de Grace und Annapolis (beide Städte sind eben so wie Baltimore im Sklavenstaate Maryland gelegen) nach Washington marschiren. Was die südliche Anleihe betrifft, so ist bereits der volle Betrag gezeichnet.

Veracruz, 1. Mai. [Anerkennung der liberalen Regierung; anarchische Zustände.] Der „Corr. Havas“ wird von hier geschrieben: „Die Vertreter der Fremdmächte haben die liberale Regierung von Mexiko anerkannt, und der französische Geschäftsträger hat seine Beglaubigungsschreiben Suarez überreicht.“ — In Mexiko ist das Elend auf den höchsten Grad gestiegen. Die Familien flüchten in Masse, und die Plätze der Postwagen sind schon für einen ganzen Monat voraus belegt. Man sieht in den Straßen von Mexiko zu Fuß und zu Pferde, während man wenige Schritte vor der Stadt die Reisenden, welche mit der Eisenbahn kommen, anhält und ausplündert. Sowohl in der Stadt, wie in der Umgegend, herrscht die größte Unsicherheit. Die Diebe begnügen sich nicht damit, nur zu stehlen, sondern sie morden auch.“

San Domingo, 8. April. [Landung spanischer Truppen.] Man schreibt dem „Moniteur“ von hier: „Die für die Stadt San Domingo bestimmte spanische Garnison ist am 8. April gelandet. 2000 Mann sollen die Garnison

